

I U G

INITIATIVE FÜR UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN

I K G

INITIATIVE FÜR KRITISCHE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Rückblick Herbst 1989 bis Frühjahr 1991

Januar 1990

Grundsätze für eine unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung

Eine unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung hat davon auszugehen, daß sich Staat, politische Parteien und Betriebsleitung auf der einen und die Masse der Lohnabhängigen auf der anderen Seite in einem widersprüchlichen Verhältnis gegenüberstehen. Zwar "sitzen alle in einem Boot", aber die einen auf der Kommandobrücke und die anderen auf der Ruderbank. Damit ist - abgesehen davon, daß natürlich niemand untergehen will - ein Interessengegensatz gegeben, der mit harmonisierenden Phrasen von Volkseigentum hier oder Sozialpartnerschaft da, zwar verschleiert, aber nicht beseitigt werden kann.

Bleibt daher in der gesellschaftlichen Produktion die Teilung der Arbeit zwischen Anweisenden und Ausführenden in der alten Weise aufrechterhalten, müssen beide Seiten ihre unterschiedlichen Interessen gegeneinander geltend machen.

(...)

Eine von Staat und Unternehmern unabhängige Gewerkschaft, die auf Betriebs- oder Industriezweigebene arbeitet, kann aber nicht genügend Einfluß gewinnen, um die Interessen ihrer Mitglieder umfassend zu vertreten. Sie muß auch bei gesamtgesellschaftlichen Belangen mitreden und mitentscheiden können.

(...)

Bleibt die Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Industriezweige beschränkt, hat sie sich ständig mit den Folgen von Entscheidungen zu befassen, die ganz woanders gefällt wurden.

KONTAKTBÜRO: Frankfurter Allee 286, Berlin 1130
geöffnet jeden Mittwoch von 18-20 Uhr
Telefon [REDACTED]

Gewerkschaftsbosse hüben und drüben an einem Tisch...

Ärger macht uns aber nicht nur die IGM, sonder ihr Dachverband, der DGB treibt es noch ärger. Die IUG hat sich deshalb an den Bundsvorstand des DGB gewendet:

Sehr geehrt Damen und Herren! Wie wir den Meldung der Medien in Ost und West entnehmen, sind Sie mit Funktionären auf "höchster Ebene" übereingekommen, dem FDGB massiv unter die Arme zu greifen. Sie unterstützen damit nicht etwa die Entstehung einer authentischen Interessenvertretung der Werktätigen in der DDR, sondern Sie helfen einem verbürokratisierten und -bewußt oder unbewußt - korrupten Apparat im Amt zu bleiben, einem Apparat, dem seine Mitglieder zu Hunderttausenden davonlaufen und millionenfach die Beitragszahlung verweigern - warum wohl? Wenn eine Mehrheit den FDGB trotzdem noch immer nicht verlassen hat, dann werniger deshalb, weil an eine tatsächliche Reformierbarkeit dieses monströsen Fossils

geglaubt wird, sondern aus der berechtigten Sorge, daß das - über Jahrzehnte aus Beitragsgeldern geschaffene - Gewerkschaftsvermögen nun endgültig in die falschen Hände gerät.

Mit seinem Verhalten schafft der DGB - wie vor ihm schon die IG Metall(West) - einem Verein von Bankrotteuren neue Reputation, trägt zur Verwirrung an der Basis bei und versetzt allen Kollegen, die sich aus eigener Kraft um unabhängige Interessenvertretungen bemühen, einen schweren Schlag.

- Vermutlich befürchten Sie, daß bei uns Organisationen entstehen könnten, in denen die Mitglieder mehr zu sagen haben, als es auch bei Ihnen der Fall ist. - Dagegen protestieren wir entschieden und fordern alle Gewerkschafter in Ost und West auf, sich dem anzuschließen. INITIATIVE FÜR UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN

Februar 1990

POSITIONSPAPIER DER THEMENGRUPPE GEWERKSCHAFTEN DES NEUEN FORUM PRENZLAUER-BERG

- 1. Wir haben Angst vor Arbeitslosigkeit und dem Verlust sozialer Sicherheit.
2. Wir befürchten, daß unser Realeinkommen durch Streichung von Subventionen sinkt.
3. Wir stehen der Einführung kapitalistischer Arbeitsmethoden ohne wirksame Interessenvertretungen der Werktätigen gegenüber.

- 4. Wir fürchten, daß die DDR ein Billiglohnland wird und daß dadurch Arbeitsplätze in der BRD gefährdet werden.
5. Wir fürchten, daß der größte Teil des Gewinns ins Ausland fließt.
6. Wir befürchten, daß die schärferen europäischen Umweltnormen bei Investitionen in der DDR unterlaufen werden.

9. April '90

B e r i c h t v o n e i n e m D i s k u s s i o n s a b e n d z u
G e w e r k s c h a f t s f r a g e n

Am 20. März '90 fand im VEB EAB, Berlin, ein Diskussionsabend zu Gewerkschaftsfragen statt. Etwa 60 Teilnehmer waren erschienen, darunter auch eine Reihe von Gästen aus Westberlin. Ein Schwerpunkt der Diskussion war der Vergleich des Arbeitsrechts in der Bundesrepublik u. in der DDR (EVG* u. AGB). U.a. ging es dabei auch um die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Unterstützung etwa bei Kündigungsverfahren (in der Bundesrepublik übernimmt die Gewerkschaft z.B. in Arbeitsstreitfällen ihrer Mitglieder die im allgemeinen sehr hohen Rechtsanwaltskosten).

In der Diskussion ging es auch noch einmal um die mit dem Betriebsverfassungsgesetz gegebenen Möglichkeiten und Aufgaben der Betriebsräte. Hier wurde von den Westberliner GewerkschafterInnen viel Kritisches geäußert. Zur Sprache kam auch die Frage, wo der DGE Reformbedarf hat. Deutlich wurde, daß es gerade in puncto innergewerkschaftlicher Demokratie gravierende Probleme gibt.

*Betriebsverfassungsgesetz

Mai 1990

KITA - STREIK - NACHLESE

Am 25. April hatten wir zu einer Video-Vorführung eingeladen, die 40 Minuten lang den Verlauf der letzten Versammlung zeigte, auf der sich die Streikleitung (ÖTV und GEW hatten aufgerufen) des Kita-Streiks mit "ihrer Basis" traf. Was man da nun mit eigenen Augen und Ohren sehen und hören konnte, hat die anwesenden 30 Ost-Kinderärztinnen (und uns von der IUG z.T. auch, das sollte man ruhig zugeben!) doch verblüfft. Um nur einige "Splitter" aufzuzählen:

- Während die Berliner Gewerkschaftsleiter am Anfang des Streiks laut töteten, sie würden mit allen Mitteln diesen Streik unterstützen, hatten sie sich am Ende leise weinend davongemacht...
- Während am Anfang von großen Chancen für die Streikenden angesichts eines rot-grünen Senats gesprochen wurde, argumentierte dieselbe Streikleitung jetzt umgekehrt, daß das eine besonders ungünstige Situation sei...
- Während die anwesende "Basis" in Saal mit Mehrheit den Streik fortsetzen wollte, wiegelte die Streikleitung ab und beschloß kurzerhand den Streik für beendet...

Es war schon erstaunlich, das alles live zu erleben, und deprimierend für viele, als sie von den West-Kita-Frauen und Männern hören mußten, daß diese Haltung der Gewerkschafts- und Streikleitung (von der wir nebenbei erfuhren, daß sie häufig nur von Oben eingesetzt, während des Streiks auch nicht absetzbar ist und somit oft nur ein Sprachrohr der Gewerkschaftsleitung darstellt!) leider typisch sei.

[...]

Na, das kann ja heiter werden, stöhnten die Ost-Kita-Frauen. "Das heißt also, man kann sich auch auf die Gewerkschaftsleitungen im Westen nicht verlassen?" -- "Das würden wir euch nicht raten. Nach unserer Erfahrung ist die Leitung der Gewerkschaft immer so kämpferisch wie ihre Basis sie treibt, kein bißchen mehr!"

Wenn wir auf Solidarität "von drüben" setzen, müssen wir uns auch solidarisch verhalten... z.B. mit den 80 Mitgliedern der IG Metall in Bochum, von denen jetzt einigen Ausschluß, anderen Funktionssperren und Rügen drohen!

Gegen Verschlechterung unserer Lebenslage

Die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften protestiert auf das entschiedenste gegen den bisher vorliegenden Staatsvertrag.

Die darin verankerten Regelungen gewährleisten keine ausreichende soziale Absicherung großer Teile der Bevölkerung der DDR.

Wir protestieren besonders gegen die im Staatsvertrag vorgeschlagenen Umtauschkurse und Lohn- und Gehaltssätze! Mit der im selben Vertrag vorgesehenen Übernahme bundesdeutscher Gesetzgebung werden sich die Einkommen, Renten und Stipendien um ein Vielfaches verringern. Das bedeutet ein Absinken unseres Lebensniveaus.

Kolleginnen und Kollegen!

Glaubt nicht der Demagogie, daß diese Vorschläge realistisch und nötig seien, damit das Kapital bei uns investiert. Westdeutsche Kollegen haben uns eindringlich gewarnt: Die Unternehmer drohen immer mit solchen Argumenten, damit die Lohnabhängigen nicht auf die Idee kommen, ihre Forderungen im Arbeitskampf zu erheben.

Mit diesem Staatsvertrag erleben wir gerade unseren ersten "nationalen Tarifkampf". Geben wir ihn nicht so schnell auf! Stellen wir unsere Forderungen hart und kämpferisch, es ist noch nicht zu spät!

Parteien, Gewerkschaften und Bürgerbewegungen haben schon ihre Kritik angemeldet. Wir aber meinen, daß es nicht bei solchen Unmutsäußerungen bleiben darf. Arbeiter und Angestellte haben noch andere Mittel, ihre Interessen durchzusetzen! Wir fordern alle protestierenden Parteien und Organisationen auf, ihre Mitglieder zu Gegenaktionen aufzurufen!

Arbeitslosigkeit - unabwendbares Schicksal?

Die IUG hatte am 13.6.1990 zu einer weiteren thematischen Versammlung eingeladen. Unter dem (fragwürdigen) Motto des Herrn Messedirektors Dietrich Kegel: "Wenn es einen trifft, dann den Faulen." (Tribüne 15.3.90) wollten wir uns über prinzipielle Fragen zur Arbeitslosigkeit sowie über notwendige Schritte der Arbeitslosen verständigen.

Gäste waren Klaus Grehn, Präsident des Arbeitslosenverbandes der DDR (ALV) und Christian Gündel, Vorsitzender der Bezirksgruppe Marzahn und Mitinitiator einer Selbsthilfegruppe in Verband. Unserer Einladung waren neben den Freunden der IUG zwei Gästen aus Westberlin bzw. Österreich vor allem auch Betroffene gefolgt, Frauen und Männer, die ihre Kündigung bereits in der Tasche haben bzw. die die Tage zählen können bis der entscheidende Brief ins Haus kommen wird.

Renate Hürtgen skizzierte einergs mit einem Diskussionsangebot die Positionen unserer Initiative und problematisierte gleichzeitig einige Aufgaben künftiger (vereinter) Gewerkschaften im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Hier einige Auszüge: (

(...)

3. Der dritte Problembereich betrifft die Solidarität zwischen Arbeitslosen und Arbeit-Habenden.

- Aus meiner Sicht müssen Gewerkschaften sich im Interesse der Arbeitslosen in den Betrieben stark machen. Appelle reichen da nicht aus, vielmehr bedarf es Aktionen eben im Betrieb.

- Widerstand gegen Entlassungen müssen beginnen, bevor klar ist, wer zu den Entlassenen gehört.

- Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, daß die Arbeit anders verteilt wird. Weniger Arbeit auf gleiche Anzahl von Arbeitern!

- Gewerkschaften müssen auch für Arbeitslose offen sein.

- Gewerkschaften sollten sich dafür einsetzen, daß Arbeitslosenverbände quasi Gewerkschaften sind (mit dem Staat als Verhandlungspartner).

(...)

Aufgabe muß es sein, der Gewerkschaften und des ALV, gegen Arbeitslosigkeit anzukämpfen, Konzepte zu entwickeln, um die Verbannung Hunderttausender in eine Randposition der Gesellschaft zu verhindern. Arbeitslosenwerkstätten sind zu akzeptieren und zu unterstützen. Sie sind aber keine grundsätzliche Alternative. Die Kollegen aus Mannsfeld oder Bitterfeld werden in diesen ehrenvollen Projekten nicht annähernd unterkommen. Gefragt sind übergreifende gesellschaftliche Strategien zur Verhinderung der Teilung der Menschen in Arbeitende und, wie es im neuesten DDR-Deutsch heißt, "zeitweilig in der Arbeitsvermittlung befindliche Bürger."

Vorbereitet in künftige Auseinandersetzungen!

Am 27.6.90 kamen kritische Gewerkschafter aus Ost und West zu einem gemeinsamen Treffen zusammen. Sie waren unserem Aufruf "An die Aktiven der Betriebs- und Gewerkschaftsbasis!" gefolgt, in dem es um die Vorbereitung auf die künftige Gewerkschaftspolitik des DGB im vereinigten Deutschland ging.

(...)

Zunächst ging es um die Frage, ob tatsächlich die Arbeitnehmer in der DDR so unvorbereitet in die Einzelgewerkschaften des DGB gehen. Da allerdings waren sich die Teilnehmer aus dem Osten einig: natürlich erscheint der DGB für viele als eine Organisation, die etwas für ihre Mitglieder tut, was angesichts bisheriger Vertretungslosigkeit durch den FDGB nur zu verständlich ist. Über seine Grenzen aber, verschiedenen undemokratischen Bestimmungen ist fast nichts bekannt und so stehen die KollegInnen in den Betrieben diesem ziemlich hilflos gegenüber. Hier ist unbedingt Aufarbeitung notwendig.

(...)

Will man also wirklich mit einer starken sozialen Basis und mit Aussicht auf Erfolg in die künftigen Arbeitskämpfe gehen, so ist ein gemeinsames Vorgehen von Ost- und West-Gewerkschaftern notwendig. Sonst werden sie gegenseitig ausgespielt. Und dies setzt Kenntnisse voraus.

Weiterhin wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß über die Strukturen der Einzelgewerkschaften des DGB nicht pauschal geurteilt werden kann, sondern daß das Spektrum eben von der IG Metall bis zur IG Chemie reiche, in denen die gewerkschaftliche Interessenvertretung recht unterschiedlich funktioniere. Deshalb - so haben wir nun beschlossen - werden wir uns in einer Arbeitsgruppe mit "Satzungen und Struktur des DGB sowie der Einzelgewerkschaften und abzuleitende Forderungen" beschäftigen.

Oktober 1990

Orientiert sich die Bürgerbewegung neu?

Bürbel Bohley vom Neuen Forum zug jüngst ein Resümee der einjährigen Bürgerbewegung. Laut BZ vom 19.10.90 stellte sie dazu fest:

"Es sei eine Schwäche gewesen, nicht bereits im Frühjahr verstärkt in die Betriebe gegangen zu sein und zu erklären, wie man selbst Gewerkschaften aufzubauen habe, um die eigenen Interessen zu vertreten. Stattdessen wurden Organisationen und Parteien aus der Bundesrepublik importiert."

Dieser Äußerung ist unbedingt zuzustimmen, denn als das Kontaktbüro der IUG Anfang des Jahres von Kollegen aus den Betrieben überfüllt war, die sich über ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung verständigten, Informationen austauschten und über die Situation in ihren Betrieben berichteten, war von den Bürgerbewegungen kaum Hilfestellung zu erwarten. Demokratisierung der Gewerkschaften und Neuaufbau von "unten" war für sie damals offensichtlich kein Thema.

I U G → I K G

INITIATIVE FÜR UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN

INITIATIVE FÜR KRITISCHE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Ab Januar 1991 wird unser Info-Blatt unter einer neuen Überschrift erscheinen: Initiative für kritische Gewerkschaftsarbeit (IKG). Wer und was ist die Initiative für kritische Gewerkschaftsarbeit? In Ost und West gibt es Kolleginnen und Kollegen, die versuchen, Arbeitnehmerinteressen konsequenter und nachdrücklicher wahrzunehmen, als es ihrer eigenen Gewerkschaft manchmal lieb ist. Sie verfolgen dabei nicht den - leider auch in der Gewerkschaft anzutreffenden - "sozialpartnerschaftlichen" Kurs, sondern stellen ihre Forderungen kompromisslos an die Arbeitgeber. Nicht selten werden sie dabei von ihrer eigenen Gewerkschaft "zurückgepiffen". (Wenn sie trotzdem ihre Haltung vertreten und z.B. eigene Listen bei den Betriebsratswahlen aufstellen, kann es zu den berüchtigtsten Ausschlussverfahren kommen wie jüngst in Bochum!) Weil es aber nicht grade einfach ist, sich gegen den Unternehmer und gleichzeitig gegen die eigene Gewerkschaft durchzusetzen und man damit ziemlich allein in seinem Betrieb sein kann, haben sich solche Kollegen in kleinen Gruppen und Initiativen zusammengeschlossen, wo sie ihre Erfahrungen austauschen und über mögliche Aktivitäten beraten. Die Initiative für kritische Gewerkschaftsarbeit versteht sich als Sammelbecken dieser Initiativen und Einzelpersonen. Sie wird deren Veranstaltungen bekanntgeben und über ihre Inhalte berichten.

Unser kleines Heftchen mit 20 Seiten Kritik an der DGB-Satzung und Praxis ist fertiggestellt.

Burra, der DGB ist da !

"Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West"

Es geht nicht an, daß zunehmend mehr BerlinerInnen aus dem Ost- und dem Westteil der Stadt im gleichen Betrieb für die gleiche Arbeit unterschiedliche Löhne, Gehälter oder Ausbildungsvergütungen erhalten. Firmen wie der Lufthansa, die nach Berlin kommen, um Profite zu machen und als erste Handlung die Tarife der Beschäftigten aushebeln, muß wirksam entgegengetreten werden.

Soziale und solidarische Politik geht nicht vom Parlament aus, sondern wird dort nur umgesetzt, wenn genügend öffentlicher Druck dafür geschaffen wird.

Deshalb brauchen wir zur Durchsetzung unserer Forderungen ein politisches Bündnis quer zu den bestehenden Partei- und Gewerkschaftsstrukturen. Ein neues Bündnis all derer, die entschieden für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Erwerbsbevölkerung eintreten.

Wir rufen alle, denen die politische Arbeit in den Gewerkschaften zu wenig ökologisch, innerhalb der AL zu wenig sozialradikal, in der PDS zu wenig alternativ und im autonomen Spektrum zu parolenhaft ist, auf, ihre Arbeitskraft und ihr Engagement in unser Bündnis einzubringen.

(...)

Das 1. Treffen des Bündnisses findet statt am

Montag, d. 17.12.1990 um 19 Uhr
in Haus der Demokratie, Wilhelm-Pieck-Saal
Französische Straße (UBH: Französische Straße)

Worum soll es gehen :

- Die Wahlen sind gelaufen, die Regierungsbildung (in Berlin und Bonn) wird abzusehen sein. Welche Auswirkungen auf die Erwerbsbevölkerung in Ost und West sind zu befürchten?
- An welchen aktuellen und zu erwartenden Konfliktpunkten können wir als linke GewerkschafterInnen eine gemeinsame Arbeit aufbauen?
- Welche Themen/Probleme brennen uns augenblicklich besonders auf den Nägeln?
- Welche Funktion kann/soll dieses Bündnis bekommen?

Von "oben nach Osten" -

darin sind sich kritische Gewerkschafter einig: von oben nach Osten muß die Verteilung der Gelder erfolgen, die zu einer Angleichung der Löhne in Ost und West führen soll.

Zunächst aber wurde Bestandsaufnahme gemacht, als sich das "Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost West" am 25.2.91 im HdD zum Thema traf: Wie wird geredet in den Betrieben Ost und West? Ist man sauer aufeinander oder gibt es viele Westkollegen, die gerne auf ihre nächsten vollen Prozente der Lohnerhöhung zu Gunsten der Ostkollegen verzichten würden?

Mein Eindruck nach den Berichten: man wird wohl kaum jemanden finden, der einsieht, daß er einen Verzichtsbetrag - auch dann nicht, wenn er "Solidarbeitrag" heißt - für seinen Ostkollegen leisten soll - mit Recht, wie ich meine. Was dagegen zu hoffen ist: Daß die Kollegen als gemeinsames Interesse die schnellste Anhebung der Ostlöhne auf Westniveau erkennen, daß sie nicht der demagogischen Aufforderung an die Ostler "Arbeitet erst mal besser, dann gibts auch mehr Geld!" aufsitzen und daß sie ganz praktisch zu gemeinsamen Aktionen kommen. (So wie die Metaller aus Bremen, die sich der Demo in Rostock anschlossen.)

Vielleicht schaffen wir es, an einem der nächsten Treffs eine gemeinsame Haltung zu formulieren, was kritische Gewerkschafter meinen, wie Tarifpolitik derzeit aussehen muß. Am Montag gab es dazu eine nicht enden wollende Reihe von Vorschlägen und Meinungen. Eine Kostprobe: Keine Verichtsmodelle, wenn "Solidaritätsfonds" gesagt wird, ist immer Verzicht gemeint... Aber Fonds sind notwendig, ansonsten ist das Chaos vorprogrammiert... Ich lehne jeden Vorschlag ab, der die Arbeitslosen nicht mit einbezieht... Wir müssen gemeinsame Tarifrunden und einheitliche Tarifgebiete fordern... Ein Stufenplan muß von der Gewerkschaft vorgelegt werden. Wir sollten 92/93 als Termin setzen... Es hat gar keinen Sinn nach altem Muster nur Lohnerhöhungen zu fordern - Arbeitszeitverkürzung muß thematisiert werden... usw. usf.

R [REDACTED] H [REDACTED]

April 1991

Gespannt verfolgen wir alle die Lohnentwicklung in den Ostteilen des Landes. Zum einen, weil wir die jeweiligen Verhandlungsergebnisse folgenreich im eigenen Portmonaise spüren, zum anderen, weil wir natürlich wissen, daß die gesamte Arbeits- und Lebenssituation in beiden Landesteilen maßgeblich von der Angleichung der Löhne abhängt. Als kritische Gewerkschafter haben wir besonders aufmerksam die Haltung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften dabei betrachtet. So weit wir sehen, hat der DGB kein einheitliches, übergreifendes Konzept für die Tarifverhandlungen entwickelt.

{...}

Die Unzufriedenheit über diesen Zustand hat dazu geführt, daß sich Gewerkschafter in verschiedenen Gesprächskreisen zusammengefunden haben, um darüber nachzudenken, welche Forderungen an gewerkschaftliche Tarifikämpfe unter heutigen Bedingungen gestellt werden müssen. (In diesem Info einige Angebote im Auszug) Die jüngsten Verhandlungsergebnisse der IG-Metall Berlin und Brandenburg geben genügend Anlaß.

... Wer eine Ablichtung des Metall Tarifvertrages Berlin Brandenburg zugeschickt haben möchte, soll sich bei uns melden. Darin die besonders kritisierten Passagen:

"Die Tarifverträge über Tariftlöhne-, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sind mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum 31.3.1995." ...und ... "Die Bestimmung über die Arbeitszeit ist monatlich zum Monatsende, erstmalig zum 31. Dezember 1998, kündbar." Und wie sieht diese Arbeitszeitregelung aus? "Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen beträgt 40 Stunden

ab 1.4.1994 39 Stunden

ab 1.10.1996 38 Stunden..." ...

(Unterstreichung von uns)